

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/6336 –**

Externe Beratungsdienstleistungen beim Bundesministerium des Innern und für Heimat

Vorbemerkung der Fragesteller

Viele Bundesministerien und deren nachgelagerte Behörden nehmen regelmäßig Politikberatung und externe Expertinnen und Experten, die gleichzeitig an privatwirtschaftliche Unternehmen und Verbände gebunden sind, in Anspruch. Dabei wirken die Beraterinnen und Berater teilweise direkt an der Erstellung von Gesetzentwürfen mit. Grundsätzlich ist der Austausch der Bundesregierung mit externen Dritten und die Kenntnis, Abwägung und ggf. Berücksichtigung der im Laufe der Erstellung von Gesetzentwürfen geäußerten Stellungnahmen und enthaltenen alternativen Formulierungen nicht falsch, sondern ganz im Gegenteil, das ist sogar wichtig. Es besteht allerdings die Gefahr, dass es zu Interessenkonflikten kommt, insbesondere wenn externe Expertinnen und Experten im Sinne der Organisation bzw. Unternehmen, für die sie arbeiten, Einfluss nehmen. Zudem stellen sich hinsichtlich der Auswahl externer Beratungsleistungen Fragen der Transparenz und Repräsentanz unterschiedlicher gesellschaftlicher Perspektiven.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Aufgaben des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) sind ebenso vielfältig wie verantwortungsvoll. Hierfür verfügt das BMI und sein Geschäftsbereich über gut ausgebildete und hervorragend qualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Gleichwohl ist auch das BMI in Einzelfällen auf zusätzliche, zeitlich befristete Expertise von außen angewiesen. Dabei gilt stets der Grundsatz, dass externe Beratung und Unterstützung die Arbeit der Verwaltung immer nur ergänzt, sie aber nicht ersetzen kann und soll. Das BMI greift auf externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen in aller Regel bei Fragestellungen zurück, die eine hohe Spezialisierung erfordern und bei denen auf Seiten der Verwaltung die notwendigen Kenntnisse und/oder die erforderlichen Ressourcen nicht in ausreichendem Maß vorhanden sind. Die Vorhaltung sämtlichen erforderlichen Know-hows in der Verwaltung wäre angesichts der Vieltätigkeit der denkbaren Fragestellungen und der zunehmenden Spezialisierungen unwirtschaftlich.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern und für Heimat vom 20. April 2023 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Das BMI agiert in vielen Themenbereichen (u. a. Digitalisierung) im Interesse aller Ressorts sowie der Länder und Kommunen als Koordinationsinstanz. Die dabei eingesetzten Aufwände für externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen kommen somit der gesamten öffentlichen Verwaltung zu Gute. Ein großer Teil der Ausgaben bezieht sich daher auf technische Beratung und Unterstützung für ressortübergreifende Projekte, wie die IT-Konsolidierung, insbesondere die Dienstekonsolidierung, sowie die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG). Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass die durch die Bundesregierung beauftragten Beratungs- und Unterstützungsleistungen in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand parlamentarischer Anfragen waren, die – soweit keine schützenswerten Geheimhaltungsinteressen entgegenstehen – in der Regel veröffentlicht werden.

1. Welche Beratungsgremien (Beiräte, Fachbeiräte und Kommissionen) gibt es derzeit beim Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), und welche Beratungsgremien gab es während der vergangenen Legislaturperiode beim BMI (bitte nach Ressorts innerhalb des BMI aufschlüsseln)?
 - a) Welche davon sind dauerhaft eingerichtet bzw. eingerichtet gewesen?
 - b) Welche davon haben bzw. hatten lediglich Projektcharakter?
 - c) Bestehen bereits Planungen für das Einsetzen von weiteren Beratungsgremien beim BMI, und wenn ja, zu welchen Fragestellungen und auf Grundlage welcher Zielsetzung sollen diese arbeiten (bitte nach Abteilungen innerhalb des BMI aufschlüsseln)?
2. Wie sind die derzeitigen Beratungsgremien beim BMI personell zusammengesetzt, und wie waren die Beratungsgremien beim BMI in der letzten Legislaturperiode personell zusammengesetzt (bitte nach Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Angehörigen öffentlicher (Auftrags-)Forschungseinrichtungen, Angehörigen privater (Auftrags-)Forschungseinrichtungen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BMI, Regierungsmitgliedern, Mitgliedern oder Funktionsträgern von Interessenvertretungsorganisationen, Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden, Vertreterinnen und Vertretern von Stiftungen, Angehörigen von Public Affairs Agenturen aufschlüsseln)?

Die Fragen 1 bis 2 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet. Es wird auf Anlage 1 verwiesen.*

Es wird darauf hingewiesen, dass die in Anlage 1 aufgeführten Gremien der IT-Steuerung Bund IT-Rat, CIO Board und LA ITK Bund mit einer Geschäftsstelle in der Abteilung DG des BMI verortet sind und organisatorisch von dieser verantwortet werden. Diese genannten Gremien sind ausschließlich mit Mitgliedern der Bundesverwaltung besetzt. Eine Beteiligung Externer ist innerhalb der Geschäftsordnungen nicht vorgesehen. Es werden seitens dieser Gremien weder entgeltliche Beratungsleistungen für Externe erbracht, noch Externe mit der entgeltlichen Erbringung von Beratungsleistungen direkt beauftragt.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6488 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

3. Werden derzeit Gutachten und/oder Studien im Auftrag des BMI von privaten und öffentlichen Einrichtungen (auch Stiftungen), die im weiteren Sinne Auftragsforschung betreiben, bearbeitet, und wenn ja, von welchen Einrichtungen werden welche Fragestellungen auf Grundlage welcher Zielsetzung bearbeitet?
 - a) Wie viele Gutachten und/oder Studien wurden in der und seit der letzten Legislaturperiode insgesamt im Auftrag des BMI von externen Einrichtungen erstellt?

Die Fragen 3 und 3a werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Auftrag des BMI werden derzeit zwölf Gutachten und/oder Studien bearbeitet.

- b) Zu welchen Themen, auf Grundlage welcher Zielsetzung und von welchen Einrichtungen wurden die Gutachten und/oder Studien erstellt?
- c) Sind die Gutachten und/oder Studien für die Öffentlichkeit zugänglich, und wenn ja, in welcher Form, und wann sind sie veröffentlicht worden, und wenn nein, warum sind sie nicht veröffentlicht worden?
- d) Wie hoch waren die Kosten für Gutachten und/oder Studien durch externe Einrichtungen für das BMI in der vergangenen Legislaturperiode?
- e) Wie hoch sind die Kosten für Gutachten und/oder Studien durch externe Einrichtungen für das BMI bislang in der laufenden Legislaturperiode?
- f) Bestehen bereits Planungen, weitere Gutachten und/oder Studien durch externe Einrichtungen erstellen zu lassen, und wenn ja, zu welchen Themen und auf Grundlage welcher Zielsetzung sollen die genannten Gutachten und/oder Studien erstellt werden?
- g) Aus welchen Gründen sollen die in Frage 3f genannten Gutachten und/ oder Studien nicht durch das BMI, sondern durch externe Einrichtungen erstellt werden?

Die Fragen 3b bis 3g werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Es wird auf Anlage 2* verwiesen.

4. Mit jeweils welchem Auftragsvolumen hat das BMI seit Beginn der 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages Verträge mit externen Dritten für Beratungs- und Unterstützungsleistungen geschlossen, inklusive nachgeordneter Behörden, Einrichtungen und Gesellschaften in Verantwortung des BMI (bitte für Abteilungen des BMI und nachgeordnete Behörden und Stellen nach Jahren aufschlüsseln), und in welchem Umfang wurden dabei Leistungen aus Rahmenverträgen abgerufen?

Es wird auf die jährliche Berichtspflicht der Bundesregierung zu Ausgaben für Beratungs- und Unterstützungsleistungen externer Dritter an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages verwiesen. Diesen jährlichen Berichten kann die Höhe des Vertragsvolumens sowie der Vertragszweck entnommen werden und auch, ob es sich um Abrufe aus Rahmenvereinbarungen handelt. Für das Haushaltsjahr 2022 liegen die Informationen zum jetzigen Zeitpunkt in der nachgefragten Form noch nicht vollständig vor und sind im Rahmen des durch den Haushaltsausschuss festgelegten Berichtsturnus erst zu den Berich-

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6488 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

terstattergesprächen zum Haushaltsentwurf 2024 vorzulegen. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Datenerhebung zu den Beratungs- und Unterstützungsleistungen ab dem Berichtsjahr 2021 die neue Definition des Haushaltsausschusses vom 9. Juni 2021 (Beschluss der 100. Sitzung des Haushaltsausschusses) zugrunde gelegt wurde.

Anlage 1 - Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u. a. und der Fraktion DIE LINKE - Externe Beratungsleistungen beim BMI (BT-Drs. 20/6336)

Abteilung	Name des Beratungsgremiums - Frage 1 -	Art des Gremiums - Frage 1 - (Beirat/Fachbeirat/Kommission)	Personelle Zusammensetzung des Gremiums (Frage 2)										Gremium arbeitete in der 19. Legislaturperiode - Frage 2 - (ja/nein)	Gremium arbeitet in der 20. Legislaturperiode - Frage 2 - (ja/nein)	Einrichtung des Gremiums auf Dauer angelegt? - Frage 1 a - (ja/nein)	Wenn Spalte 6 mit "nein" beantwortet wurde: Hat das Gremium lediglich Projektkarakter? - Frage 1 b - (ja/nein)	Sind weitere Beratungsgremien beim BMI geplant? - Frage 1 c - (ja/nein)	Wenn Spalte 6 mit "ja" beantwortet wurde: Zu welchen Fragestellungen mit welcher Zielsetzung und auf welcher Grundlage soll das Gremium arbeiten? - Frage 1 c -	
			Wissenschaftler/innen (Anzahl)	Angehörige öff. (Auftrags-) Forschungseinrichtungen (Anzahl)	Angehörige priv. (Auftrags-) Forschungseinrichtungen (Anzahl)	Mitarbeiter/innen des BMI (Anzahl)	Regierungsmitglieder (Anzahl)	Mitglieder oder Funktionsräte von Interessenvertretungs- organisationen (Anzahl)	Vertreter/innen von Verbänden (Anzahl)	Vertreter/innen von Stützungen (Anzahl)	Angehörige von Public Affairs Agenturen (Anzahl)								
0	1	2	3										4	5	6	7	8	9	
OS	Expertenkreis politischer Islamismus	Fachbeirat		9	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	ja	ja	nein	nein	nein
OS	Wissenschaftliche Beirat Medizinforschung Digitalisierung	Fachbeirat		7	-	-	1	-	-	-	-	3	-	ja	nein	nein	ja	nein	nein
M	Beirat zur Digitalisierung des Auswertfahrens	Beirat		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	ja	ja	nein	ja	nein	nein
DG	Ökonomiekommission	Fachkommission		7	-	1	3	-	3	-	-	3	-	ja	nein	nein	nein	ja	nein
DG	IT-Rat	Gremium der IT-Steuerung Bund; https://www.cio.bund.de/WebSite/DE/cio-bund/steuerung-iti-bund/it-rat/iti-rat-node.html		-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	ja	ja	ja	nein	nein	nein
DG	CIO-Board	Gremium der IT-Steuerung Bund; https://www.cio.bund.de/WebSite/DE/cio-bund/steuerung-iti-bund/cio-board/mitglieder-cio-boards-node.html		-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	ja	ja	ja	nein	nein	nein
DG	LA ITX Bund	Gremium der IT-Steuerung Bund; https://www.cio.bund.de/WebSite/DE/cio-bund/steuerung-iti-bund/lenkungsausschuss-ikonsolidierung/node.html		-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	ja	ja	nein	ja	nein	nein
DG	Gründungskommission Datenrat	Kommission		1	-	1	-	-	1	-	-	1	1	nein	ja	nein	ja	nein	nein
H	Kommission Gleichverträge Lebensverhältnisse	Kommission		-	-	-	-	-	35	-	-	3	-	ja	nein	nein	nein	nein	nein
SP	WVL-Kommission und WVL-ARGE	Kommission		-	-	-	3	-	-	-	2	-	-	ja	ja	ja	nein	nein	nein
SP	Prüfungskommission	Kommission		5	-	-	-	-	-	-	-	4	-	ja	ja	ja	nein	nein	nein
BAkV	Beirat	Beirat		3	-	-	1	-	2	-	1	1	-	ja	ja	ja	nein	nein	nein
BAkV	Expertenrat Digitalakademie	Expertenrat		1	1	1	1	-	-	-	1	-	-	nein	ja	ja	nein	nein	nein
BAkV	Aufbau einer bundesweiten Schulungsstrategie zum Thema Extremismusprävention im öffentlichen Dienst (Resiliente Demokratie)	Projektgruppe		-	-	-	7	-	-	-	-	-	3	nein	ja	nein	ja	nein	nein

Anlage 2 - Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner u. a. und der Fraktion DIE LINKE - Externe Beratungsleistungen beim BMI (BT-Dr. 206336)													
Abteilung	Zu welchen Fragestellungen werden Gutachten und/oder Studien im Auftrag des BMI von privaten und öffentlichen Einrichtungen (auch Stiftungen), die im weiteren Sinne Auftragsforschung betreiben, bearbeitet? - Frage 3 b - (bitte einzeln auflisten)	Mit welcher Zielsetzung werden die in Spalte 1 genannten Gutachten/Studien bearbeitet? - Frage 3 b -	Name der Einrichtung, die mit der Bearbeitung des Gutachters und/oder der Studie beauftragt ist.	Ist das Gutachten/Studie öffentlich zugänglich? - Frage 3 c - (ja/nein)	Wenn Spalte 4 mit "ja" beantwortet wurde: In welcher Form und wann erfolgte die Veröffentlichung? - Frage 3 c -	Wenn Spalte 4 mit "nein" beantwortet wurde: Warum erfolgte keine Veröffentlichung? - Frage 3 c -	Wie hoch waren die Kosten für diese Gutachten und/oder Studien durch externe Einrichtungen für das BMI in der vergangenen Legislaturperiode? (24. Oktober 2017 bis 26. Oktober 2021) - Frage 3 d - (bitte Ausgaben in Euro)	Wie hoch sind die Kosten für diese Gutachten und/oder Studien durch externe Einrichtungen für das BMI bislang in der laufenden Legislaturperiode? (ab 26. Oktober 2021 bis 31.03.2023) - Frage 3 e - (bitte Ausgaben in Euro)	Bestehen Planungen, welche Gutachten und/oder Studien durch externe Einrichtungen erstellen zu lassen? - Frage 3 f -	Wenn Spalte 9 mit "ja" beantwortet wurde: Zu welchen Themen sollen diese Gutachten erstellt werden? - Frage 3 f -	Wenn Spalte 9 mit "ja" beantwortet wurde: Auf Grundlage welcher Zielsetzung sollen die genannten Gutachten und/oder Studien erstellt werden? - Frage 3 f -	Wenn Spalte 9 mit "ja" beantwortet wurde: Aus welchen Gründen sollen die genannten Gutachten und/oder Studien nicht durch das BMI, sondern durch externe Einrichtungen erstellt werden? - Frage 3 g -	Bemerkungen
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
OS										Überwachungsvereinbarung	Durchführung der Überwachungsvereinbarung einschließlich der wissenschaftlichen Evaluation der Überwachungsbeiträge in den Sicherheitsgesetzen und der straffprozessualen Überwachungsbeiträge im Sinne der Vorgaben des Koalitionsvertrags. Dabei soll eine wissenschaftliche und evidenzbasierte Untersuchung erfolgen, die aufzeigt, welche Auswirkungen das Bestehen und die praktische Anwendung der Überwachungsbeiträge auf Freiheit und Demokratie haben (I und II zusammen).	Vorgabe des Koalitionsvertrags, § 108 f. „Die Sicherheitsgesetze sollen wir auf ihre tatsächlichen und rechtlichen Auswirkungen sowie auf ihre Effektivität hin evaluieren. Deshalb erachtet wir eine Überwachungsvereinbarung und bis spätestens Ende 2023 eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation der Sicherheitsgesetze und ihrer Auswirkungen auf Freiheit und Demokratie im Lichte technischer Entwicklungen.“	
DC	Anforderungsmanagement für das Aufsetzen eines Stakeholderprozesses mit Online-Beteiligung zur Begleitung des Gründungsprozesses eines Dateninstituts (Deutschland)	Durchführung einer Stakeholderbeteiligung, um alle relevanten Experten und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung in den Gründungsprozess eines Dateninstituts einzubeziehen (Stakeholderanalyse)	ARGE TÜV IT / msg systems AG	ja	Veröffentlicht und abrufbar im Internet als barrierefreies PDF und als Open Data. Link: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/ik-und-digitalpolitik/ik-des-bundesdatendienstes/dateninstitut-notiz.html		0,00	363.007,58	ja				
DG	Begleituntersuchung (o. Forschungsbeitrag) im Rahmen der Gründung eines Dateninstituts Deutschland	verteilte strategisch-operative Prüfung einzelner bei der Gründung des Dateninstituts zu berücksichtigender Fragen und Zulieferung entsprechender strategisch-operativer Rechercheergebnisse (als Analyse- und Ergebnisreport)	Roland Berger GmbH CapGemini Sopra Steria (I.R.d. 3PMBVA)	ja	Veröffentlicht und abrufbar im Internet als barrierefreies PDF und als Open Data. Link: https://www.bmi.bund.de/DE/themen/ik-und-digitalpolitik/ik-des-bundesdatendienstes/dateninstitut-notiz.html		0,00	182.130,80	nein				
DG	Evaluation und 2. Open-Data-Fortschrittsbericht (zur Umsetzung des § 12a EGovG in der Bundesverwaltung)	Evaluation innerhalb der Bundesverwaltung, um notwendige Aussagen und Schlussfolgerungen für den Evaluationsbericht sowie den 2. Fortschrittsbericht zur Umsetzung des § 12a EGovG (2. Open Data Gesetz) zu gewinnen	msg systems AG (I.R.d. 3PMBVA)	nein		Beide Berichte befinden sich gegenwärtig noch in ihrer Erarbeitung/Erstellung. Bei Übergabe der beiden Berichte an den Deutschen Bundestag werden diese zeitgleich durch die Bundesregierung allgemein zugänglich veröffentlicht.	0,00	0,00	nein				
DG	Die Nutzung offener Verwaltungsdaten in Deutschland: Eine Anwendungs- und Bedarfsanalyse	Empirische Erhebungen zur Nutzung offener Daten in Deutschland, Identifizierung von Nutzergruppen und deren spezifische Nutzungszusammenhänge sowie Analyse des Nutzungsverhaltens	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV)	ja	Veröffentlicht durch das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Datum der Erstveröffentlichung: 01.08.2022. Lizenz: urheberrechtlich geschütztes Werk i.S. des § 43 UrhG.		0,00	0,00	nein				
CI	Vorstudie zur strukturellen Prüfung einer grundsätzlichen Nutzbarkeit von Internet Exchange Plattformarchitekturen für den Einsatz im Informationsverbund der öffentlichen Verwaltung (iVOV) gem. der Netzstrategie 2030 der öffentlichen Verwaltung	grundsätzliche Nutzbarkeit von Internet Exchange Plattformarchitekturen für den Einsatz im Informationsverbund der öffentlichen Verwaltung (iVOV) gem. der Netzstrategie 2030 der öffentlichen Verwaltung	DE-CIX Management GmbH	nein		Aktuell noch in der Qualitätssicherung. Es ist eine Erarbeitung geplant, da die Ergebnisse der Vorstudie zur weiteren Spezifizierung einer iVOV-Architektur genutzt werden sollen.	0,00	74.484,00	nein				
H	Vernetzung von Grenzregionen innerhalb von insgesamt zwölf europäischen Staaten	Abklärung von Implikationen für die Verbesserung der Zusammenarbeit und Vernetzung der Grenzregionen mit deutscher Beteiligung / Nutzung von Potentialen zur Verbesserung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland (regio. Schwerpunktsetzung)	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	ja	digital (Internet), 02/2021		24.673,20		nein				
H	Studie zur Ansiedlung von (Bundes-)Behörden/ einrichtungen in Regionen mit besonderem Förderbedarf	Zur Beantwortung der Frage, inwiefern die Ansiedlung von Behörden ein geeignetes Instrument ist, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.	ifo Institut	ja	Onlineveröffentlichung BBSR im Dez. 2021		54.915,42	168.232,00	nein				
H	Projekt "Beter Promote"	Beter Promote zielt darauf ab, Einblicke in das System der Strukturförderung als Gesamtprozess zu bekommen und ressourcenbegründet neue Ansätze zu gewinnen. Die Projektergebnisse wurden für die Machbarkeiten und Machbar von Förderprogrammen in Bund und Ländern aufbereitet. Diese erhalten praxisorientierte Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung ihrer Serviceleistungen und Förderprozesse.	Fa. Sopra Steria SE (aus Rahmenvertrag 3-Partner-Modell des Bundesverwaltungsamtes)	ja	Onlineveröffentlichung BBSR im Dez. 2022		136.019,98		ja	Das Folgeprojekt zu Beter Promote wird sich ebenfalls mit der Optimierung von Förderprozessen beschäftigen.	Mit dem Folgeprojekt zu Beter Promote sollen die gewonnenen Erkenntnisse vertieft und in die Fläche gebracht werden, um tatsächliche Verbesserungen der Förderprozesse zu erreichen.	Die Erhebungen und die Auswertung der erhobenen Informationen basieren auf wissenschaftlichen Methoden für die im Ministerium kein Know-how vorliegt.	Die Mittel stammen aus dem Bundesförderprogramm für ländliche Entwicklung des BMVBS
H	Nutzerfreundliches Datenlot für die Datenerhebung und Datenerfassung von Strukturen der regionalen Datenvorsorge	Das Projekt zielt sich in eine Reihe von BULE-Projekten ein, die das BMI initiiert hat, um im Rahmen der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse die Kommunen/Regionen bei der Organisation einer leistungsfähigen Datenvorsorge zu unterstützen.	Gertz Gutsche Rünenapp – Stadtentwicklung und Mobilität GfR	ja	Datenlot steht seit März 2023 online auf Seite des BBSR zum Download		150.000,00	79.432,00	ja	Das Folgeprojekt zu daviplan soll den produktiven Rollout der Software unterstützen.	Im Folgeprojekt zu daviplan geht es darum, neue Nutzernamen und Nutzer der Open Source-Software daviplan (Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und Regionen) zu gewinnen und diese bei der Einführung des Tools zu unterstützen.	Bei daviplan handelt es sich um ein technisches Softwareprojekt. Das erforderliche Know-how liegt im Ministerium nicht vor.	Die Mittel stammen aus dem Bundesförderprogramm für ländliche Entwicklung des BMVBS
H	Stärkung von bedarfsorientierten Pflegestrukturen	Das Forschungsprojekt zielt darauf ab, regionale und kommunale Akteure in ländlichen Räumen durch praxisnahe Lösungsansätze mit einem strategischen Leitfaden zu unterstützen. Dieser Leitfaden soll ermöglichen, dass Akteure und Akteure von bereits erprobten Ansätzen und neuen Ideen lernen können. Im Mittelpunkt des Projekts stand die partizipative Ermittlung von Erfolgsfaktoren für die Übertragung auf strukturschwache ländliche Regionen.	KPMG AG	ja	Onlineveröffentlichung BBSR im Dez. 2022		288.438,00	66.825,46	nein				Die Mittel stammen aus dem Bundesförderprogramm für ländliche Entwicklung des BMVBS
H	Projekt "Regionale Open Government Labore"	Die Initiative für Regionale Open-Government-Labore flankiert die Strukturpolitik der Bundesregierung zur Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse. In 13 Laboren sollen die beteiligten Akteure neue Kooperationen von Verwaltung, Politik, Bürgerinnen und Bürgern sowie gesellschaftlichen Interessengruppen erproben. Open Government ist die bewusste und systematische Öffnung von Lokalpolitik und Kommunalverwaltung für die Interessen, Anforderungen und Fähigkeiten der vielfältigen, mobilen, digitalen und zunehmend globalisierten Gesellschaft in den Gemeinden, Städten und Kreisen.	Modus Co e.G.	ja	Onlineveröffentlichung BBSR im Dez. 2022		222.303,00	184.600,00	nein				Die Mittel stammen aus dem Bundesförderprogramm für ländliche Entwicklung des BMVBS
SP	Machbarkeitsstudie für eine Einrichtung für sicheren und bewaffneten Sport	Einrichtung eines Zentrums für Safe Sport entsprechend Forderung im Koalitionsvertrag	Institut für Regulierung und Governance	ja	Internetaufriff des BMI, 15.12.2021		0,00	50.000,00	nein				

